

Rainer Roth

Vortrag auf der von KLARtext unterstützten Veranstaltung des Internationalen Kulturzentrums in Hanau zur BSE-Krise am 30.05.2001

Sind die Verbraucher an BSE schuld?

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes erklärte neulich, er habe nichts gegen eine Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft. "Nur die Märkte müssen dafür aufnahmefähig sein". (FR 23.04.2001) D.h. die Agrarwende hängt vom Verbraucher ab. Die Ernährungsindustrie hat denselben Standpunkt, ebenso die Bundesregierung nach dem Motto der grünen Ex-Ministerin Andrea Fischer: "Wir haben alle zuviel Fleisch zu billig auf dem Teller" (ARD 26.11.2000) oder EU-Kommissar Fischler. Wenn die Verbraucher bereit seien, höhere Preise zu zahlen, würden die Produzenten entsprechend produzieren. Das bedeutet umgekehrt, daß die Produzenten bisher ebenfalls nur die Wünsche der Verbraucher befriedigt hätten und diese d.h. die LohnarbeiterInnen letztlich verantwortlich für BSE-Krise sind.

Regierungen, EU, Industrie und ihr Anhängsel Bauernverband haben vor Ausbruch der BSE-Krise in Deutschland gemeinschaftlich die Gefahr gelehnt und das (zu billige) Rindfleisch für sicher erklärt. Jetzt schieben sie gemeinschaftlich das BSE-Problem den LohnarbeiterInnen in die Schuhe, weil sie zu billig konsumieren wollten.

Tatsächlich sind niedrige Preise eine bedeutende ökonomische Bedingungen von BSE.

Die Preise für landwirtschaftliche Produkte, auch für Fleisch, decken nämlich in Deutschland in der Regel nicht die Produktionskosten.

Ein durchschnittlicher landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetrieb hatte 1998/99 einen Gewinn von 1.050 DM pro ha. Die staatlichen Subventionen, die er durchschnittlich erhielt, betragen 1.497 DM pro ha (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Agrarbericht der Bundesregierung 2000, Anhang S. 20 - www.bmlf.de). Es war also im Durchschnitt nicht möglich, über den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte Gewinne zu erzielen. Die Preise liegen unter den Produktionskosten. Ein Überleben der Betriebe war im Schnitt nur mit staatlichen Zuschüssen möglich. Das galt noch mehr für Ökofleisch. Ökobetriebe haben im Schnitt noch niedrigere Gewinne und noch höhere staatliche Zuschüsse. (Agrarbericht 2000, S. 28, Übersicht 14)

I) Woher kommt der Druck auf die Fleischpreise?

Er kommt nicht von den Verbrauchern, sondern

a) von Handelskonzernen, Fleischkonzernen und Nahrungsmittelindustrie.

Fleisch als landwirtschaftliches Produkt wird in der Regel nicht direkt vom Erzeuger an den Metzger oder den Verbraucher geliefert. Es wird zu rund 90% (Anteil wächst) über Viehhändler an Schlachthöfe geliefert. Die Schlachthöfe wiederum verkaufen überwiegend an den Großhandel, an Einzelhandelsketten wie REWE, Aldi, Tengelmann usw., aber auch an die fleischverarbeitende Industrie.

Die Verbraucherpreise für Rindfleisch (d.h. die Preise, zu denen wir Rindfleisch kaufen) betragen 1999 in Schnitt 13,81 DM pro Kilo incl. MwSt. 1980 waren es noch rd. 11,20 DM.

Sie sind also gar nicht nicht gefallen, sondern gestiegen.

Gefallen sind nur die Erzeugerpreise d.h. die Preise, die die Schlachthöfe den Landwirten zahlen. Sie fielen von rd. 6,20 DM o.MwSt. im Jahre 1980 auf 4,44 DM im Jahre 1999. (Agrarmärkte 2000 LLL Schwäbisch-Gmünd, S. 106)

Die Vermarktungsspanne (Erlösanteil von Handel, Schlachthof und Transport, aus dem diese ihre Profite ziehen) stieg von etwa 4 DM auf 8,47 DM (ebda.). Vor allem der Handel dehnte seine Spanne erheblich aus (gegenüber 1990 um 27%).

Das Problem liegt also bei den Erzeugerpreisen, nicht bei den Verbraucherpreisen. Preis ist nicht gleich Preis.

Die Erzeugerpreise für Rindfleisch sind heute niedriger auf dem als 1960. Damals betragen sie 4,53 DM o.Mwst. (www.lwk-hannover.de)

Bei fallenden Erzeugerpreisen sind aber die Preise für Betriebsmittel gestiegen. (Agrarbericht 2000, Anhang S. 57)

Also die Preise für Futtermittel, landwirtschaftliche Maschinen, Chemieprodukte, Diesel usw.. Auch die Lebenshaltungskosten der Landwirte selbst sind gestiegen.

Das Problem liegt beim Kapital, nicht bei den Kauf- und Eßgewohnheiten der Lohnabhängigen.

In der Agenda 2000 stellten die Regierungen der EU-Staaten fest: Folge der Preissenkungen sei, daß "übermäßig intensive landwirtschaftliche Produktionsverfahren angewandt werden, die zu Umweltverschmutzung und Tierseuchen führen und die Sicherheit der Lebensmittel beeinträchtigen." (www.europe.eu.int/scadplus/leg.de)

Damit gibt die EU indirekt zu, daß der Preisverfall zu Produktionsmethoden führt, die ohne Rücksicht auf Gesundheit von Mensch und Tier gegen die Verbraucher durchgesetzt werden.

Die erste Ursache liegt zunächst bei den Handelsketten.

Die zehn größten Handelskonzerne vereinigen 84% des Umsatzes auf sich, die zehn größten

Nahrungsmittelkonzerne nur 11%. (nach Angaben des Deutschen Bauernverbandes - IMA)

Je stärker die Handelsmonopole sind, desto mehr können sie die Erzeugerpreise senken.

Aner auch die Preise der Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie. Die Ernährungsindustrie hängt von den Handelsketten ab. Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie Traumann erklärte: "Auf den Erträgen der Unternehmen (lastet) weiterhin der Druck des hochkonzentrierten Lebensmitteleinzelhandels. ... An den Handel appellieren wir, sich an der Herstellung vernünftiger Preis-Leistungsrelationen zu beteiligen und auf eindimensionale Niedrigpreisstrategien zu verzichten". (Pressekonferenz 12.03.2001 www.bve-online.de/presse/aktuell/texte/120301/bse.html)

Diese eindimensionalen Niedrigpreisstrategien gibt es auch gegenüber den Bauern und gegenüber den Löhnen der in Handel und Industrie Beschäftigten.

Auch die Schlachthöfe d.h. Fleischkonzerne wie Südfleisch, Nord-Westfleisch, Moxsel usw. sind hochkonzentriert, aber erheblich kleiner als die Handelsketten (Umsatz 3-4 Mrd. DM gegenüber Dutzenden Mrd. DM der Handelsketten).

Handelsketten, Fleischkonzerne und Nahrungsmittelindustrie sind an möglichst **niedrigen** Erzeugerpreisen interessiert. Sie, nicht die Verbraucher, stehen den Bauern direkt gegenüber und zwingen ihnen Preise auf, die die Produktionskosten nicht decken.

Das ist der Grund, warum Bauern die Direktvermarktung ausbauen, die direkte Beziehung zum Verbraucher, ohne Umweg über den Handel.

Natürlich sind Verbraucher ebenfalls an niedrigen Preisen interessiert, besonders dann, wenn die Reallöhne sinken. Höhere Preise bei niedrigeren Reallöhnen ist im Schnitt unrealistisch. Verbraucher haben nicht die Macht, niedrigere Preise durchzusetzen. Wenn die Qualität eines Produktes gut ist, führt nämlich steigende Nachfrage tendenziell zu steigenden Verbraucherpreisen.

Die Reallöhne fallen tendenziell. Das führt sowieso schon seit den achtziger Jahren zu sinkendem Konsum von Rindfleisch in Deutschland. Der Konsum fiel vor der BSE-Krise auf etwa 14-15kg. pro Kopf und Jahr (Ende der 60er Jahre lag er bei 20 kg). Im Jahr 2000 war der Rindfleischkonsum auf 10,8 kg pro Kopf und Jahr gefallen.

Ferner ist Fleischkonsum allgemein in oberen Schichten mehr verbreitet als in unteren.

Verbraucher ist sowieso nicht gleich Verbraucher. "Eine in mehr als fünfzig Ländern durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß Angehörige der höheren Einkommensgruppen mehr Fett, Proteine und Kalorien in Form von tierischen Lebensmitteln zu sich nehmen als diejenigen der unteren Lohngruppen." (Jeremy Rifkin, Das Imperium der Rinder, Frankfurt 2001, S. 121f.) Höhere Einkommensgruppen leisten sich eher qualitativ gutes und damit teureres Fleisch, so daß sich der Vorwurf des Kapitals wie immer vor allem gegen die unteren Schichten der Lohnarbeiter und gegen arme Leute richtet.

Bevor sich aber Niedriglöhner und Arbeitslose rechtfertigen müssen, warum sie billiges Fleisch kaufen, müssen sich Fleischkonzerne, Handel, Bundesregierung und EU rechtfertigen, warum sie die Erzeuger zu nicht-artgerechter Tierhaltung drängen, in dem sie ihnen nicht die Preise zugestehen, zu denen die Erzeuger sie das überhaupt können. Würden die Fleisch- und Handelskonzerne als Konsumenten der Fleischproduktion den Erzeugern höhere Preise zahlen, müßte der Endverbraucher ebenfalls höhere Preise zahlen. So herum funktioniert das.

Die Behauptung, dass das Hauptproblem beim Konsumenten liege, drückt die Sonderinteressen des Kapitals aus, genauso wie die Behauptung, daß alle Probleme der Industrie durch die Höhe der Löhne verursacht werden.

Der Druck auf die Fleischpreise kommt nicht von den Verbrauchern, sondern daher, daß die

b) ... landwirtschaftliche Produktion weltweit kapitalistisch betrieben wird.

Die Weltmarktpreise für Rindfleisch lagen 1998 etwa 50% unter dem Binnenmarktpreis in der EU. Würde der Weltmarkt die Preise auch in der EU bzw. in Deutschland regulieren, müßte der Erzeugerpreis für Rindfleisch von 4 DM auf etwa 2 DM pro Kilo abgesenkt werden.

Die Rindfleischproduktion in Deutschland würde fast vollständig zusammenbrechen.

Die Fleischpreise in Süd-, Mittel und Nordamerika sind u.a. deshalb niedriger, weil man auf riesigen Weiden kostengünstiger Rinder halten kann. Pachten sind erheblich niedriger, ebenso die Kosten für Futtermittel und Arbeitskräfte.

Die Handels- und Nahrungsmittelkonzerne in Deutschland würden ihre Rohprodukte und Waren gerne noch billiger beziehen.

Die Interessen der Konzerne werden in einer Studie der Dresdner Bank als Verbraucherinteressen getarnt. "Die Verbraucher in Deutschland mussten ... über Jahrzehnte ein gegenüber dem Weltmarkt deutlich höheres Preisniveau hinnehmen. Das gilt ... auch für ... Fleisch und sonstige tierische Veredelungserzeugnisse". (Dresdner Bank Research, Trends Wirtschaftsanalysen 1/2001, 5)

Vor allem sind aber die Erzeugerpreise gemeint. "Auch die Ernährungsindustrie leidet unter dem Agrarsystem. Etwa die Hälfte ihrer Vorleistungen bezieht sie direkt oder indirekt aus der Landwirtschaft". Z.B. ist der Zuckerpreis in Deutschland 2-3 mal höher als der Weltmarktpreis (ebda.).

Die Dresdner Bank verlangt deshalb: "Eine stärker an den Verbraucherinteressen orientierte Agrarpolitik allein durch ökologische Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion geht nicht weit genug. ... Insbesondere die Agrarpreise müssen ihre Lenkungsfunktion zurückerhalten." (ebda., S. 1)

D.h. die Bank verlangt nicht die Verteuerung des Rindfleischs, sondern erhebliche Preissenkungen auf Weltmarktniveau. Sie verlangt freie Importe von Fleisch aus billiger produzierenden Ländern.

Das Verbraucherinteresse tarnt auch hier die Interessen des Kapitals an sinkenden Erzeugerpreisen. Wenn die Erzeugerpreise fallen, profitieren zuerst Handel und Industrie davon. Was sie an die Endverbraucher abgeben, steht auf einem anderen Blatt.

Es ist eine Illusion, wenn Bauern in Deutschland erwarten, daß die volle Umsetzung der Marktwirtschaft d.h. der Gesetze des Weltmarkts ihnen "gerechte Preise" und damit das Überleben sichern könnte. Im Gegenteil: die Öffnung zum Weltmarkt ist ihr Ruin, sowie die Öffnung der DDR-Industrie zum Weltmarkt deren weitgehender Ruin war.

c) Der Druck auf die Fleischpreise kommt nicht von den Verbrauchern, sondern ... von der EU.

Bis jetzt hat die EU verhindert, daß die Weltmarktpreise für Rindfleisch auch in der EU gelten. Die Rindfleischproduktion wie die anderer landwirtschaftliche Produkte wird zu diesem Zweck in der EU über Marktordnungen gesteuert. Die Landwirtschaftsminister der EU setzen als Vertreter des Staates die Fleischpreise fest. Die Marktordnungen heben den Mechanismus der freien Preisbildung bis zu einem gewissen Grad auf.

Die EU schützt sich vor dem Weltmarkt z.Zt. noch durch Schwellenpreise, die in der Regel deutlich über den Weltmarktpreisen liegen. Die Preise für Importe werden in der Regel durch Zölle auf das Niveau der Schwellenpreise angehoben.

Innerhalb der EU wird die Produktion vor allem durch Interventionspreise reguliert. Der Interventionspreis ist ein Garantipreis. Sogenannte Interventionsstellen müssen das ihnen angebotene Rindfleisch zu diesem garantierten Preis aufkaufen, wenn der Marktpreis um 40% unter diesen Preis fällt. Der Interventionspreis für Rindfleisch liegt 2001 bei 5,90 DM. Wenn der Marktpreis also auf 3,54 DM fällt, muß die EU für 5,90 DM aufkaufen (Dresdner Bank Trends 1/2001, 4). Allerdings nicht unbegrenzt, sondern nur bis zu einer bestimmten Menge.

Die EU mildert also einerseits den Druck des Weltmarkts auf die Landwirtschaft in der EU durch staatlich festgesetzte Preise ab und schützt insoweit die Landwirte. Ähnlich wie es der Staat beim Bergbau in Deutschland tut.

Andererseits aber hat die EU das Gesamtinteresse des Kapitals zu vertreten. Und das heißt langfristige Senkung der Preise von landwirtschaftlichen Gütern auf Weltmarktniveau. *"Die Wettbewerbsfähigkeit muß durch entsprechend umfangreiche Preissenkungen sichergestellt werden, um die Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt zu verbessern und eine stärkere Beteiligung am Weltmarkt zu gewährleisten"*. (Agenda 2000, Reform der GAP - <http://europe.eu.int.scadplus/leg.de/lvb/160002.htm>)

Preissenkungen werden ferner durch die geplante **EU-Osterweiterung** vorangetrieben. Die Produktionskosten für Rindfleisch sind in Osteuropa erheblich niedriger als in Deutschland, folglich auch die Preise. Hohe Garantipreise würden eine enorme Überproduktion erzeugen, wie es sie schon einmal in den 80er und Anfang der 90er Jahre in der EU gegeben hat. Preissenkungen, so lautet die Formel, sind zwecks Integration Osteuropas in die EU notwendig. Besser umgekehrt: Osteuropa wird u.a. deswegen in die EU aufgenommen, um das Niveau der Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte in Westeuropa zu senken.

Die Senkung der Erzeugerpreise liegt europaweit im Interesse der Handelskonzerne, Nahrungsmittelindustrie usw.. Das erhöht vor allem ihre Profite und erweitert in zweiter Linie ihre Märkte, innerhalb und außerhalb der EU.

Sie liegt aber auch im Interesse des Gesamtkapitals,

* da Löhne eher gesenkt werden können, wenn die Nahrungsmittelpreise sinken.

* da die USA freie Importe ihrer landwirtschaftlichen Überproduktion in die EU verlangen und die exportorientierte Industrie Deutschlands die Zollfreiheit ihrer Exporte in die USA nicht gefährden will.

Die Dresdner Bank verlangt z.B., *"daß die Preisbindung durch die europäischen Agrarmarktordnungen am Binnenmarkt ebenso wie gegenüber Drittländern aufgehoben wird."* (dresdner bank s.6)

Dieses Ziel soll Mitte dieses Jahrzehnts erreicht sein.

Um politische Erschütterungen zu vermeiden, werden die Preise Schritt für Schritt gesenkt. Seit 1992 wurden die Interventionspreise für Rindfleisch fast halbiert. Von 2000 bis 2002 werden sie um 20% gesenkt.

In den Augen der Bauern scheinen die Preissenkungen in einer falschen Agrarpolitik zu liegen. Weil die Preise vom Staat gesenkt werden, erscheint den Bauern der Staat als Gegner. Wesentlich ist aber, daß die EU die Bauern zeitweise vor den ungebremsten Folgen des kapitalistischen Weltmarkts schützt. Seine Freiheit dem Weltmarkt gegenüber ist begrenzt, da politisch hochgehaltene Erzeugerpreise nicht den grundlegenden Interessen des Kapitals entsprechen. Er ist letztlich nur der Vollstrecker der kapitalistischen Gesetze.

Nur insoweit er gegen die Gesetze der Kapitalverwertung und die Interessen des Kapitals verstößt, nimmt er Funktionen wahr, die für die Landwirte und auch die Lohnabhängigen positiv sind.

Nur dadurch wird der Druck verringert, der zu Qualitätsverschlechterungen bei der Fleischproduktion führt.

Hat die EU ein Interesse an BSE? Ein schrecklicher Gedanke.

Ziel der EU ist die Reduzierung der Rindfleischproduktion in der EU und ihren weitgehenden Ersatz durch Importe. Ziel ist die Senkung der Preise auf Weltmarktniveau, obwohl die Produktionskosten hier höher sind d.h. der Ruin der bäuerlichen Produzenten. Die BSE-Krise hat genau diese Folge: dramatischer Einbruch der Rindfleischproduktion, weiterer Preisverfall. Inzwischen muß die EU Rindfleisch nur noch aufkaufen, wenn es unter

3,05 DM/kg fällt. Die Ökowende, besser der Ökoschlenker, dient dem Ziel, die Produktivität zu senken. Die Dresdner Bank vermerkt es positiv, daß der Selbstversorgungsgrad mit ldw. Produkten in Deutschland auf rd. 50% sinken würde, wenn in D vollständig auf ökol. Landbau umgestellt würde. Und erklärt, das sei der Grund, warum der ökol. Anbau d.h. die extensivierung der Landwirtschaft seit 1988 von der EU gefördert würde.

Je mehr der Selbstversorgungsgrad mit (teureren landwirtschaftl. Erzeugnissen) sinkt, desto mehr müssen billigere Produkte importiert werden. Aus Osteuropa und aus Lateinamerika z.B..

Wir wissen, dass die BSE-Krise massiv vertuscht worden ist, aus den verschiedensten Interessen. Die Geschäfte sollten in Ruhe weiterlaufen. Die BSE-Krise aber beschleunigt genau die Entwicklung, die die EU und die sie dominierenden langfristigen Interessen des Kapitals anstreben - Senkung der Rindfleischproduktion in Europa, Ruin der Rinderhalter, Preissenkungen usw.. BSE ist in dieser Hinsicht ein Katalysator.

Einschub:

Agrarsubventionen fördern die Senkung der Erzeugerpreise

Nachdem die EU-Agrarminister ab 2000 die Rindfleischpreise weiter gesenkt hatten, erklärten sie: " *Den Landwirten werden zweifellos Einkommensverluste entstehen, die sie durch Anpassung ihrer Produktionsmethoden und ihrer Investitionen in der Lage sein müßte, auszugleichen. Im Gegenzug werden sie direkte Einkommensbeihilfen erhalten, die auf Stückzahlbasis gezahlt und schrittweise erhöht werden.*" (Agenda 2000 S. 3)

Steigende Subventionen pro Rind sollen sinkende Erzeugerpreise pro Rind ausgleichen. Je niedriger die Erzeugerpreise sind, desto höher sind die Subventionen für den Einzelbetrieb. Subventionen, bezahlt aus Lohnsteuermitteln, machen also Senkungen der Erzeugerpreise möglich und fördern sie.

Subventionen dienen nicht in erster Linie dazu, die Verbraucherpreise gering zu halten (das tun sie teilweise). Sie dienen auch nicht in erster Linie dazu, die Existenz der Landwirte zu sichern. Sie dienen in erster Linie dazu, die Senkung der Erzeugerpreise im Interesse des Kapitals zu beschleunigen.

Sie sind auch insoweit eine Ursache für Preisverfall, als sie Überproduktion anregen. Überproduktion führt zu sinkenden Marktpreisen und diese wiederum (einerseits abgemildert durch Subventionen) führen wieder zu einer Senkung der staatlichen Interventionspreise. Auch die scheinbar idiotische staatliche Förderung der Überproduktion steht in der Logik der Preissenkungen im Interesse der Konzerne.

Subventionen verlangsamen den Ruin der Landwirte und fördern ihn gleichzeitig, da sie die Folgen der Preissenkungen nicht vollständig ausgleichen.

Beispiel: Bullen haben ein durchschnittliches Schlachtgewicht von 350 kg. Wenn die Stützpreise von 5,44 DM/kg auf 4,35 DM/kg fallen, kostet ein Bulle statt 1.904 DM nur noch 1.522 DM. Es entsteht ein Verlust von 382 DM. Um den Verlust auszugleichen, wird die Sonderprämie für Bullen von 263 DM auf 411 DM erhöht. Zusätzlich wird die Schlachtprämie von 53 DM pro Bullen auf 156 DM im Jahre 2002 erhöht. Zusätzlich können die Prämien durch eine nationale Ergänzungsprämie in Höhe von 53 DM aufgestockt werden. Einem Verlust von 384 DM steht also ein zusätzlicher Ausgleich von 251 DM bis 304 DM gegenüber.

Die Subventionen sind also Sterbebeihilfen.

Die Landwirte können den Fall der Erzeugerpreise unter die Produktionskosten trotz eventuell steigender Subventionen nur mit Mehrarbeit und Verschlechterung der Produktionsbedingungen auffangen. Wenn das nicht mehr geht, stellen sie die Produktion ein. " *Bund und Länder unterstützen den strukturellen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft mit öffentlichen Hilfen und federn ihn so sozial ab.*" (Agrarbericht 2000, S. 36)

Struktureller Anpassungsprozeß wird die wachsende Konzentration des Kapitals genannt, die mit der massenweisen Enteignung der kleinen und mittleren Bauern verbunden ist.

In Westdeutschland gaben von 1989 bis 1999 ein Drittel der Betriebe oder 234.000 Höfe auf. Die Zahl der Rinderhalter halbierte sich von 1985 bis 1999 auf 227.000 Betriebe.

Ziel der Bundesregierung ist es letztlich, am Ende gar keine Subventionen mehr zu zahlen, wenn die Anpassung an den Weltmarkt gelungen ist. Nach den Vorstellungen der Dresdner Bank sollen alle Preisbindungen in der EU wegfallen und freie Importe möglich sein. " *Die Subventionen sollten zunächst nicht wegfallen, sondern als direkte Einkommensbeihilfen gezahlt werden.*" (Trends 1/2001, 6) Zunächst, später doch. Wenn Subventionen übrig bleiben, dann als eine Art Sozialhilfe für Bauern.

Wenn die Binnenmarktpreise auf das Weltmarktniveau fallen, entfallen letztlich auch alle Subventionen, die die Preise mit gesellschaftlichen Mitteln über dem Weltmarktniveau halten.

Die Interventionspreise, zu denen unter bestimmten Bedingungen die Abnahme vom Rindfleisch garantiert wird, entfallen, da jetzt nur noch Marktpreise gelten.

Sinkende Interventionspreise bereiten die Abschaffung der Interventionspreise vor. Sie führten schon in den 90er Jahren zu einer Senkung der Interventionsbestände und der dafür aufzubringenden Milliarden. Die Aufkäufe durch die Garantieprie der EU sanken von bis zu 10% der Schlachtungen (1989-1992) gegen Null Prozent (1998). Im Jahre 2000 gab die EU insgesamt noch etwa 12 Mrd. DM für Rindfleisch aus. (Quelle Agrarbericht 2000) Etwa 30% flossen (als Prämien usw.) an die Erzeuger (d.h. 3,6 Mrd. DM), der Rest floß in Lagerung, Transport, Kühlung und Export der über die Interventionspreise aufgekauften Fleischbestände (Dresdner Bank Trends 1/2001).

Zur Zeit muß noch jeder Rindfleischexport aus der EU auf den Weltmarkt subventioniert werden. Die Differenz zwischen Weltmarkt- und Binnenmarktpreis wird von der EU ausgeglichen. Z.B. pro exportiertem lebendem Bullen 600-700 DM. Wenn die Binnenmarktpreise auf das Weltmarktniveau gesenkt werden, entfallen die

Exportsubventionen (etwa 600 Mio. DM) .

Je niedriger die landwirtschaftlichen Subventionen sind, die etwa die Hälfte der Ausgaben der EU ausmachen, desto niedriger sind die Staatsausgaben und desto höher die Möglichkeiten, die Gewinnsteuern für das Kapital in Europa insgesamt zu senken.

Ziel der EU, aber auch der Bundesregierung ist es, die Subventionen herunterzufahren, nicht zu erhöhen. D.h. schließt ein, daß das Sterben der jetzt noch subventionierten Betriebe erwünscht ist. Nur noch die, die sich ohne staatliche Unterstützung am Leben erhalten können, sollen überleben.

Noch einmal das angeblich für den Verbraucher zu billige Rindfleisch

Die Subventionen für Rindfleisch werden von den Konsumenten gezahlt. Sie zahlen einerseits einen bestimmten sichtbaren Kilopreis für Rindfleisch (Verbraucherpreis), andererseits aber einen unsichtbaren Kilopreis, der sich aus der auf das Kilo Fleisch umgerechneten Gesamtsumme der Subventionen der Rinderbetriebe ergibt.

Das müßte berechnet werden. Wenn man Sonderprämie, Schlachtprämie, nationale Ergänzungsprämie, Saisonentzerrungsprämie und Extensivierungsprämie zusammenzählt, könnten allein die tierbezogenen Prämien 30% des Erzeugerpreises ausmachen.

Rindfleisch wurde 1998/9 von den Landwirten für etwa 6 Mrd. DM verkauft. Die EU-Zuschüsse belaufen sich für die Landwirtschaft in Deutschland auf 12,2 Mrd. DM. Rd. 12% entfallen im Schnitt auf Rindfleischsubventionen; das wären rd. 1,5 Mrd. DM.

Fünfeinhalb Milliarden wurden von Bund und Ländern an Subventionen an die Landwirtschaft bezahlt. Wenn ebenfalls 12% davon auf die Rindfleischproduktion entfallen, wären das noch einmal 1,8 Mrd. DM. Rund 3,5 Mrd. DM Subventionen für 1,4 Mio. t Rindfleisch, die 1999 produziert wurden, wären 2,50 DM pro Kilo. Die Landwirte bekamen umgerechnet 4,22 DM pro Kilo.

Die Subventionen dienen in erster Linie dem Fleischhandel und den Handelskonzernen, weil sie niedrigere Erzeugerpreise möglich machen. Ohne Subventionen müßten die Handelskonzerne usw. 60% höhere Erzeugerpreise zahlen.

Die Konsumenten zahlen die Subventionen, damit Fleischkonzerne und Handel niedrigere Erzeugerpreise zahlen und darüber ihre Profite erhöhen können. Was Konsumenten eventuell beim Einkauf gewinnen, haben sie als Steuerzahler längst verloren. Subventionen machen es zwar möglich, daß Fleisch auch an Verbraucher billiger verkauft wird. Die unmittelbare Folge aber ist die Senkung der Erzeugerpreise.

d) Senkung der Preise auf Weltmarktniveau:

günstige Bedingung für BSE

Aus dem ökonomischen Druck der niedrigen Preise folgt, daß Landwirte ein Interesse an allem haben, was die Produktion möglichst verbilligt und den Erzeugerpreis erhöht.

Die Hälfte der Kosten der Betriebsmittel bei der Rinderzucht sind Futtermittelkosten. Futtermittel werden in Fleisch umgesetzt. Sie möglichst billig zu erzeugen bzw. zu beziehen, ist das wichtigste Mittel, um bei zu niedrigen Preisen noch zu überleben. In diesem ökonomischen Zusammenhang ist die BSE-Krise entstanden. Die BSE- Krise ist zunächst eine Krise der Futtermittelproduktion vor allem über Tiermehl und Milchaustauscher.

Tiermehl ist eine wichtige Quelle von BSE. Tiermehl ist billiger als andere Futtermittel. Tiermehl ist stark eiweißhaltig und beschleunigt die Gewichtszunahme von Kälbern und Bullen sowie die Milchproduktion von Kühen. Das Gewichtswachstum von Bullen bei Stallhaltung ist höher (1,5 kg pro Tag) als bei Weidehaltung (1 kg pro Tag). Tiermehl ermöglicht Stallhaltung und senkt damit den Flächenbedarf. Fleisch aus Weidehaltung ist zwar qualitativ besser und gesünder, aber vom Standpunkt der Kapitalverwertung aus unökonomisch.

Tiermehl ist also ein Mittel einer "*billigen Milch- und Fleischproduktion*" (Richard Rhodes, Tödliche Mahlzeit, München 2000, S. 177).

Milchaustauscher werden an Kälber verfüttert, damit die Kuhmilch weiter verkauft werden kann. Die in Milchaustauschern enthaltenen Fette sind ebenfalls aus risikobehafteten Schlachtabfällen gewonnen.

Es wäre aber einseitig, hauptsächlich die Futtermittelindustrie für die BSE-Krise verantwortlich zu machen und die zu laxen Kontrollen des Staates, wie das die Ernährungsindustrie und ebenso der Bauernverband tun. Das stimmt zwar, aber das gemeinschaftliche Interesse an billigen Futtermitteln als Grundlage für niedrigere Erzeugerpreise bzw. niedrigere Produktionskosten vereint sie alle. Die Verwandlung von Tierkadavern in Tierfutter ist billiger als ihre Entsorgung.

Das paßt mit der Orientierung auf den Weltmarktpreis nicht zusammen. Zumal in den USA Tiermehlverfütterung nicht verboten ist.

Von daher haben alle Interessenten geschwiegen, das Verbot der Tiermehlverfütterung verzögert, seine Kontrolle vernachlässigt, die Gefahr verharmlost usw..

Die Bereitschaft, Tiermehl zu verfüttern, stieg mit dem ökonomischen Druck.

"Tatsächlich war ein Faktor, der zur Ausbreitung von BSE im Vereinigten Königreich beitrug, die Steigerung des Tiermehlanteils am Viehfutter von einem auf zwölf Prozent während der achtziger Jahre, eine Veränderung, die ihre Ursache im Kursverfall des britischen Pfundes und den entsprechend gestiegenen Preisen für Soja- und Fischmehl hatte" (nach Rhodes, a.a.O. S. 183), das importiert wurde.

Masse statt Klasse ist eine Folge der Interessen der Agrarindustrie und des Handels und der ihr entsprechenden Politik der Regierungen.

BSE ist ebenso wie das Doping von Tieren mit Hormonen und Antibiotika eine notwendige Begleiterscheinung des Überlebenskampfes der unter dem Druck der Handels- und Nahrungsmittelkonzerne stehenden Landwirtschaft.

Wenn die Öffnung zum Weltmarkt durch schrittweise Preissenkungen und die dahinter stehenden Interessen des Kapitals die Hauptbedingung für die Krise der Fleischproduktion ist, dann ist eine Agrarwende auf diesem Boden unmöglich. Preisdruck und artgerechte Tierhaltung sind ein Widerspruch in sich. Das gilt weltweit.

Wenn das Ziel der EU die Senkung der Preise auf Weltmarktniveau ist - welches Interesse haben wir dann an der EU?

Wenn die Osterweiterung der EU ein weiterer Hebel für die Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise ist, welches Interesse haben wir an der Osterweiterung?

Wenn die Profitinteressen auf allen Ebenen die Ursachen für BSE sind, welches Interesse haben wir an diesem Profitsystem?

Subventionen wirken den Bedingungen, die BSE erzeugen (Preissenkungen auf Weltmarktniveau) bisher im allgemeinen nicht entgegen. Sie mildern ihn bisher nur teilweise ab, z.B. indem die Extensivierung der Landwirtschaft gefördert wird. Daran muß man anknüpfen. Letztlich fördern aber die Subventionen den Prozeß, der BSE erzeugt.

Die Bundesregierung hat eine Reihe positiver Maßnahmen beschlossen, die der Gefahr von BSE entgegenwirken. Alle diese Maßnahmen sind aber auf Dauer wirkungslos, wenn bei der Fleischproduktion erst die **ungehemmten** Gesetze des kapitalistischen Weltmarkts gelten. Die Öffnung zum Weltmarkt bringt neue BSE-Gefahren mit sich, die vor allem aus der Rindfleischsupermacht USA kommen.

In den USA ist Tiermehlverfütterung nicht verboten.

"Über 3,6 Millionen Tonnen dieses Proteinpulvers (Tiermehl, RR) werden in den USA jährlich hergestellt (nicht nur aus toten Tieren, sondern auch aus Schlachtabfällen), fast zehnmal soviel wie auf den britischen Inseln. Anfang 1997 wurden in der Agrarindustrie der USA etwa dreizehn Prozent dieser Menge - ungefähr der gleiche Anteil wie in Großbritannien - an Rinder verfüttert. Früher erhielten vorwiegend ausgewachsene Rinder und nicht die Kälber das Tiermehl - Fleischrinder sollten vor dem Verkauf noch gemästet werden, und bei Milchkühen stieg daraufhin die Milchleistung-, aber diese Praxis hat sich in den USA geändert. Fleischrinder werden in der Regel im Alter von zwei Jahren oder jünger geschlachtet, also zu einer Zeit, wo sie möglicherweise schon eine spongiforme Erkrankung haben, aber noch keine Symptome zeigen. Durch das Protein-Krafftfutter kommen die Kälber im Laufe der Zeit immer stärker mit allen Krankheitserregern in Kontakt, die möglicherweise darin lauern." (Rhodes, a.a.O., S. 237)

"In den USA wird in großem Umfang Sojaprotein erzeugt, so daß die Viehzucht auch dann überleben könnte, wenn das Verfüttern tierischer Proteine an Tiere völlig verboten würde. Ein solches umfassendes Verbot ist der einzige Weg, um die Ausbreitung der tödlichen spongiformen Enzephalopathien über die Artgrenzen hinweg zu verhüten - insbesondere auch ihre Übertragung auf den Menschen. Die Verdienstspannen in der Industrie würden sinken, denn Tiermehl ist billiger als Sojaprodukte. Aber ein solches Embargo steht nicht einmal in Großbritannien zur Diskussion und schon gar nicht in den Vereinigten Staaten. Es würde bedeuten, daß man Millionen Tonnen von Überresten aus der Fleischverarbeitung entsorgen müßte - eine fast unlösliche Aufgabe. Ober aber wir befolgen Richard Lacey's Rat und essen kein Rindfleisch mehr" (Rhodes, ebda., S. 242f.).

e) Ökologische Wende unmöglich

Die ganze Richtung von Ökonomie und Politik: sinkende Fleischpreise **und** sinkende Subventionen bedeuten, daß eine ökologische Wende unmöglich ist.

Denn Ökofleisch bedeutet: höhere Preise, niedrigere Gewinne und höhere Subventionen.

Nur über den Markt d.h. über höhere Preise ist eine ökologische Wende nicht möglich. Höhere Preise konnten beim ökologischen Landbau bis heute nicht verhindern, daß die Gewinne niedriger sind als bei konventionellen Landbau.

Wenn insgesamt die Fleischpreise fallen, engt das auch die Möglichkeiten des ökologischen Anbaus ein.

Eine ökologische Wende würde mehr Subventionen erfordern als die konventionelle Landwirtschaft.

Ökobauern haben höhere Produktionskosten und machen trotz höherer Preise weniger Gewinn als konventionell wirtschaftende Bauern. Das Schlachtgewicht der Rinder ist geringer, die Personalkosten sind höher, der Flächenbedarf größer usw..

Die Absicht, die Subventionen zu vermindern, steht dem Ausbau des ökologischen Landbaus entgegen.

Außerdem führt jede Ausdehnung der ökologischen Landwirtschaft irgendwann wiederum zu einem Preisverfall in diesem Sektor, weil auch hier Überproduktion der normale Gang bei der Produktion von Waren ist. Beispiel Österreich. Hier nimmt die Zahl der Biobauern wieder ab.

f) Schluß:

Es ist heute eine notwendige Form des Protests, möglichst kein Rindfleisch, keine Wurst usw. mehr zu essen. Obwohl die BSE-Gefahr weiterbesteht, sehen es die Herrschenden nämlich als ihre Aufgabe an, uns dazu aufzufordern, mehr Rindfleisch zu essen.

Die Veränderung der Ernährungsgewohnheiten ist aber auch aus dem Grund notwendig, weil übertriebener Fleischkonsum

dazu führt, daß zu viel Fette und zu wenig leichter verdauliche Kohlehydrate aufgenommen werden. Folge: eine Tendenz zum Übergewicht mit den entsprechenden Folgen: Diabetes, Herz- und Kreislaufbeschwerden, Gelenkschäden und Gefäßverstopfungen.

Weil aufgrund der BSE-Krise nicht wenige die Notwendigkeit einer Veränderung der Eßgewohnheiten einsehen, liegt auch Verbrauchern der Gedanke an eine gewisse Mitschuld nicht fern.

Wie wenig Freiheiten haben wir aber, wenn unsere ganze Freiheit darin besteht, unsere individuellen Eßgewohnheiten zu verändern. Auf die Produktion der Nahrungsmittel, die wir essen, haben wir damit keinen direkten, sondern allenfalls im Nachhinein einen indirekten Einfluß.

LohnarbeiterInnen haben keine Kontrolle über die **Produktion** der Güter haben, die sie verzehren.

Die Freiheit, die sie haben, besteht überwiegend darin, die Scheiße nicht zu essen, die man ihnen vorsetzt. Wenn es überhaupt auffällt. Reicht uns das?

Wenn der Preisdruck objektiv eine der wichtigsten Bedingung für schlechte Fleischqualität ist, dann gehören ausreichende Erzeugerpreise für Fleisch zu den wichtigsten Voraussetzungen für gute Fleischqualität und damit eine Agrarwende, die diesen Namen auch verdient.

Erzeugerpreise müssen den Druck nehmen, die Produktion ohne Rücksicht auf Mensch und Natur zu verbilligen.

Ausreichende Erzeugerpreise sind

nicht möglich mit der vollständigen Öffnung zum Weltmarkt;

nicht möglich mit der EU, die diese Öffnung betreibt;

nicht möglich mit der Osterweiterung der EU;

nicht möglich in Zusammenarbeit mit Handelskonzernen und Ernährungsindustrie, wie es die Agrarwende vorsieht.

Sie sind nur möglich, wenn die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte mit gesellschaftlichen Mitteln gefördert wird, nicht aber, wenn der Profit zählt.

Sie wären nur möglich, wenn die privaten Sonderinteressen, die bisher die BSE-Gefahr erzeugt haben, ihre ökonomische Basis verlieren würden.

Minimum ist:

Erhöhung der Erzeugerpreise mit staatlichen Mitteln, nicht Abbau.

d.h. Ausbau der Subventionen für die Fleischproduktion, nicht Abbau.

Ausbau der staatlichen Kontrollen auf allen Ebenen, solange die privaten Sonderinteressen des Kapitals unsere Gesundheit schädigen. Die Kontrollen müssen umso stärker werden, je stärker die asozialen Privatinteressen werden.

Verbot der Tiermehlproduktion, nicht nur der Tiermehlverfütterung.

Wenn qualitativ gutes Fleisch nur unter Mißachtung der Gesetze der Kapitalverwertung, der Marktwirtschaft erzeugt werden kann, dann müssen sie eben mißachtet werden.